

Der Gesellschaftler

Nationalsozialistische Tageszeitung

für Stadt und N.L.-Bezirk Nagold

Alleiniges amtliches Anzeigebblatt

Bezugspreise: In der Stadt bzw. durch Agenten monatl. RM. 3.50, durch die Post monatl. RM. 1.40 wöchentlich 36 J. Zustellgeb. Einzelnummer 10 J. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postfach-Konto Stuttgart 10086

Mit den Beilagen: Der SA-Mann Deutsche Frau - Sonntag- und Jugendbeilage - Bauernwacht - Bilderbeilage



Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold Fernsprecher SA. 429 - Markstraße 14 Gegründet 1827

Anzeigenpreise: 1spaltige Borgis-Zeile ober deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamazeile 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Verantwortl. Hauptchriftleiter: Paul Oberbpf; Chef vom Dienst: H. Gerlach; Lokale: Hermann Schö; Verlag: Hochburg-Verlag G.m.b.H.; Druck: G. W. Zaiser (Joh. Karl Zaiser), Idntliche in Nagold

Hitler rettet die Ehre Deutschlands

Austritt aus dem Völkerbund / Genfer Abrüstungskomödie beendet Reichstag und Landtage aufgelöst / Am 12. November wird sich das gesamte deutsche Volk hinter Adolf Hitler stellen

Nachdem der Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, Völklinger Adolf Hitler, am Freitag dem Reichskanzler über die Lage in Genf berichtet hatte, trat Samstag früh das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der die entscheidenden Beschlüsse über die weitere Haltung des Deutschen Reiches gefasst wurden.

Anschließend an die Kabinettsitzung fand ein Presseempfang statt, in dem der Reichskanzler mitteilte:

Das Deutschland aus dem Völkerbund austrete und die Abrüstungskonferenz verlasse. Der Reichstag werde aufgelöst und eine Volksabstimmung über die Politik der Reichsregierung durchgeführt.

Die Mitteilungen des Reichskanzlers haben wie eine Bombe gewirkt. Der europäischen Politik wird durch den ersten und nach reiflicher Überlegung gemachten Schritt der Reichsregierung eine entscheidende Wendung gegeben. Zum ersten Male seit fünfzehn Jahren führt die deutsche Reichsregierung wieder eine Politik durch, die die Ehre der deutschen Nation bewahrt. Dem unwürdigen Komödienstück in Genf wird ein Ende bereitet.

Die Bedeutung des Beschlusses der Reichsregierung wird unterstrichen durch die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung einer Volksabstimmung. Adolf Hitler will der Welt beweisen, daß er keine Abenteuerpolitik betreibt, sondern daß das ganze deutsche Volk eins ist mit ihm im entschlossenen Willen, die Ehre der Nation über alles zu stellen. Das deutsche Volk will keinen Krieg; aber es verlangt auf Grund seiner Kultur und seiner Leistungen, als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staaten angesehen und behandelt zu werden.

Die anderen Staaten, vor allem Frankreich und Großbritannien, haben nun zu bezeichnen, daß sie die Abrüstung, zu der sie durch den Vertrag von Versailles verpflichtet sind, ehrlich wollen. Deutschland, das den Vertrag ehrlich erfüllt hat, fordert nun seine Erfüllung auch durch die anderen Mächte.

Die amtliche Mitteilung

Über den Beschluß des Reichskabinetts wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Berlin, 14. Okt. Die Reichsregierung hat wegen der demütigenden Lage auf der Abrüstungskonferenz den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erklärt. Gleichzeitig hat die deutsche Vertretung die Abrüstungskonferenz verlassen. Um der Nation Gelegenheit zu geben, zu den Lebensfragen des deutschen Volks Stellung zu nehmen, hat der Reichspräsident durch Verordnung vom 14. Oktober 1933 den Reichstag und die Länderparlamente aufgelöst. Obwohl zum Reichstag sind für den 12. November ausgeschrieben worden, während die Reichstagswahlen angeordnet worden sind, von denen die Länderparlamente einberufen abgesehen.

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk

Die deutsche Reichsregierung und das

Berlin, 15. Oktober. Samstag vormittag teilte der Reichskanzler der Presse mit, daß das Deutsche Reich aus dem Völkerbund austrete und die Abrüstungskonferenz verlasse.

Der Reichstag wird aufgelöst und am 12. November zugleich mit den Reichstagswahlen eine Volksabstimmung über die Frage durchgeführt:

Billigt das deutsche Volk die Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlichst zu ihr zu bekennen?

Die Reichsregierung und der Führer haben Aufrufe an das deutsche Volk erlassen, in denen dieser weittragende Schritt der Reichsregierung ausführlichst begründet wird.

Samstag abend sprach Adolf Hitler über alle deutschen und amerikanischen Sender, in der er erneut dem Friedenswillen des deutschen Volkes feierlichen Ausdruck gab. Er erklärte, daß Deutschland jederzeit bereit ist, eine ehrliche Abrüstungsvereinbarung zu treffen. Deutschland fordere nicht Waffen, sondern Gleichberechtigung. Die Ehre des deutschen Volkes habe den Austritt aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz, die Deutschland neue entwürdigende Bestimmungen auferlegen wollte, gefordert. Die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung der Neuwahlen zugleich mit der Volksabstimmung wird der Welt beweisen, daß das deutsche Volk mit einer überwältigenden Mehrheit die Politik der Reichsregierung billigt und respektlos zu ihr steht.

Zugleich mit dem Reichstag sind die Landtage aufgelöst worden. Neuwahlen für die Landtage wurden nicht ausgeschrieben.

Der Eindruck im Auslande ist ungeheuer.

Italien hat die Berechtigung des deutschen Schrittes anerkannt und die Vertagung der Abrüstungskonferenz beantragt, um auf Grund der deutschen Verständigungsbereitschaft zu einer ehrlichen Abrüstung der ganzen Welt inner Lösung zu suchen.

deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jedes Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als einuntaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heer zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen, einschließlich aller unserer früheren

Gegner, im Sinne der Überwindung der Kriegsschuld und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftlos auf dem Weg von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Schraufassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volks und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem

Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszusteigen, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volk nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verzweiflung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als lästige Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliche Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Glends des Versailler Vertragszustands und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge festzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlichst zu ihr zu bekennen?

Gleichzeitig erschien folgender

Aufruf Adolf Hitlers

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsch, das Wert des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volks, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht.

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig, jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherung entschließen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen und moralischen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberech-

tigung zurzeit nicht mehr zugebilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volks erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweifelhafte Ration noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

In dem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie wird deshalb auch den Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbegeisterung dem deutschen Volk zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reichs dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag anzulösen, um dem Deutschen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als geschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrhaftigkeit dem Volk die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volks und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebenfals der Liebe zu unserem Volk und der Achtung vor seiner Ehre entspringen, wie auch der Ueberzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Selbstbefreiung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.

Adolf Hitler.

Die Auflösung des Reichstags

Die Verordnungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung

Berlin, 15. Okt. Noch am Samstag erschien die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages, die folgenden Wortlaut hat:

„Um dem deutschen Volk Gelegenheit zu bieten, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben, lege ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Der Reichspräsident gez.: von Hindenburg. Der Reichskanzler gez.: Adolf Hitler. Der Reichsminister des Innern gez.: Dr. Frick.

Die Verordnung der Reichsregierung über die Ausschreibung der Neuwahl lautet: „Auf Grund des § 4 des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 wird verordnet: Die Hauptwahlen zum Reichstag finden am 12. November 1933 statt.“

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Der Reichskanzler Adolf Hitler. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick.

Die Wahl am 12. November

Berlin, 15. Okt. (Eigene Meldung). Die Volksabstimmung über die in der Proklamation der Reichsregierung dem Volk gestellte Frage und die Neuwahl des Deutschen Reichstags werden in einem Wahlgang am 12. November stattfinden. Es werden zwei Stimmzettel hergestellt, von denen der eine den wohl allein vorhandenen Wahlvorschlagen der KPD enthält und der andere die Worte „Ja“ oder „Nein“ für die Volksabstimmung. Beide Stimmzettel kommen in einen Wahlumschlag. Aus der Zahl der Stimmen, die die KPD erhält, ferner aus der Zahl der Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung dürfte sich sehr deutlich ergeben, daß heute das ganze deutsche Volk, soweit es den Staat bejaht, hinter der KPD steht.

Der Wahlkampf wird sich auf eine Fülle von Aufklärungsveranstaltungen der KPD beschränken, denn andere Listen dürften kaum eingereicht werden, da sie 60.000 Unterschriften tragen müßten und in Deutschland sich heute keine 60.000 Menschen mehr finden, die bereit sind, eine Splitterpartei mit ihrem Namen zu unterstützen.

Die

Durchführung der Volksabstimmung

Berlin, 15. Oktober. Am 12. Nov. 1933 findet gleichzeitig mit der Reichstagswahl eine Volksabstimmung statt. Für die Durchführung der Reichstagswahl finden die gleichen Bestimmungen Anwendung, die schon

bisher bei den Reichstagswahlen galten. Auch für die mit der Wahlhandlung verbundene Abstimmung gelten, soweit es sich um das Verfahren handelt, im wesentlichen dieselben Bestimmungen, die bisher für Volksentscheide bestanden. Die das Reichstagswahlgesetz ergänzenden Bestimmungen, die schon bei den letzten Reichstagswahlen Anwendung gefunden hatten, gelten auch für die bevorstehenden Reichstagswahlen; sie sind durch eine besondere Verordnung des Reichsministers des Innern auch für die Volksabstimmung eingeführt worden, so daß die allgemeinen Voraussetzungen sowohl für die Wahlhandlung wie für die Abstimmung die gleichen sind. Insbesondere sind die bekannten Bestimmungen über das Wahlrecht der in Deutschland sich aufhaltenden Auslandsdeutschen, über die Wahl auf hoher See und über die Stimmabgabe auf Bahnhöfen gleichermassen für die Wahl wie für die Abstimmung maßgeblich.

§ 4 dieser Verordnung des Reichsministers gibt nähere Auskünfte über den Stimmzettel. Er hat das Format 12mal 9 Zentimeter und besteht aus grünem Papier. Er enthält folgenden Aufschrift: „Biligt das deutsche Volk die ihm im Auftrug der Reichsregierung vom 14. Oktober 1933 vorgelegte Politik der Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich freiwillig zu ihr zu bekennen?“ Unter diesem Aufdruck befinden sich zwei große quadratische Felder, von denen eins mit „Ja“, das andere mit „Nein“ überschrieben ist.

Zur Art der Stimmabgabe bestimmt § 4: Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmerechtigke, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, unter dem vorgezeichneten Wort „Ja“, der Stimmerechtigke, der sie verneinen will, unter dem vorgezeichneten Wort „Nein“ in den dafür vorgesehenen Kreis ein Kreuz legt.

In § 5 wird ausgeführt: der Stimmzettel wird in demselben Umschlag abgegeben, in dem auch der Stimmzettel zur Reichstagswahl abgegeben wird.

Die Auflegung der Stimmlisten vom 2. bis 6. November

Berlin, 15. Okt. Nachdem die Neuwahl des Reichstages und die Volksabstimmung auf Sonntag, den 12. November, festgelegt ist, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien vom 2. bis 6. November auszuliegen sind. Die Landesregierungen sind durch Rundtelegramme ersucht worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Der Führer an das deutsche Volk und die Welt!

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers am 14. Oktober

Berlin, 15. Oktober.

Samstagabend hielt der Führer über alle deutschen und amerikanischen Sender folgende Rede:

Als im November 1918 in vertrauensvoller Glaubenhaftigkeit auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Zusicherungen das deutsche Volk die Waffen senkte, fand ein unheiliges Ringen sein Ende, für das wohl einzelne Staatsmänner, aber sicher nicht die Völker, verantwortlich gemacht werden konnten. Das deutsche Volk hat nur deshalb so heldenmütig gekämpft, weil es heilig überzeugt war, zu Unrecht angegriffen und damit zu Recht im Kampfe zu sein.

Von der Größe der Opfer, die es damals — fast nur auf sich allein gestellt — bringen mußte, hatten die anderen Nationen keine Vorstellung. Gütte in diesen Monaten die Welt in fairer Weise dem niedergesunkenen Gegner die Hand gegeben, so würden vieles Leid und zahllose Enttäuschungen der Menschheit erspart geblieben sein.

Die tiefste Enttäuschung erlitt das deutsche Volk

Noch niemals hat ein Besiegter sich so redlich bemüht, an der Heilung der Wunden seiner Gegner mitzuwirken, wie das deutsche Volk in den langen Jahren der Erfüllung der ihm aufgebürdeten Diktate. Wenn all diese Opfer zu seiner wirklichen Befriedigung der Völker führen konnten, dann lag das nur am Willen eines Vertrages, der in dem Verleugern der Verantwortung der Begriffe Sieger und Besiegte auch die Feindschaft verewigen mußte. Die Völker hätten mit Recht erwarten dürfen, daß aus diesem größten Kriege der Weltgeschichte die Lehre gezogen worden wäre, wie wenig besonders für die europäischen Nationen die Größe der Opfer zur Größe des möglichen Gewinnes steht. Als daher in diesem Vertrage dem deutschen Volke die Zerstörung seiner Rüstungen zur Ermöglichung einer allgemeinen Weltabrüstung auferlegt wurde, glaubten unzählige, daß darin nur das Zeichen für das Umschlagen einer erlösenden Erkenntnis zu suchen wäre.

Das deutsche Volk hat seine Waffen zerstückt.

Bauend auf die Vertragstreue seiner ehemaligen Kriegsgegner hat es selbst die Verträge in geradezu fanatischer Treue erfüllt. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurde ein unermessliches Kriegsmaterial abgerüstet, zerstückt und verschrottet. Anstelle einer einstigen Millionenarmee trat nach dem Wunsch der Diktatmächte ein kleines Berufsheer mit militärisch

Die Auflösung der Länderparlamente

Änderung des Reichsthaltergesetzes

Berlin, 14. Okt. Der Reichsminister des Innern hat folgendes Telegramm an die Reichsthalter herausgegeben:

„Mit Auflösung des Reichstags sind nach § 11 des Ersten Gleichhaltungsgesetzes aus den Reichsthaltern der Länder aufgelöst. Ersetzt im Auftrag des Reichskanzlers von Anordnung einer Neuwahl gemäß § 1 Ziffer 2 des Reichsthaltergesetzes einzuweisen.“

Gleichzeitig wurde das Reichsthaltergesetz geändert. Die Änderung war notwendig geworden, weil nach dem Buchstaben des Gesetzes die Amtszeit der Statthalter an die Wahlperiode des Landtags gebunden ist. Damit wäre jetzt, nachdem die Länderparlamente aufgelöst worden sind, auch die Amtszeit der Statthalter beendet. Durch die Änderung des Statthaltergesetzes erfolgt auch die Berufung der Statthalter auf Vorschlag des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten. Eine Neuwahl der Länderparlamente dürfte sich solange erübrigen, als über den Neubau des Reichs nicht bindende Beschlüsse vorhanden sind. Die vom Führer auf dem Reichsparteitag in Nürnberg angeforderte Reichsreform läßt eine nochmalige Neuwahl der Länderparlamente im Augenblick nicht notwendig erscheinen.

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. § 3 Abs. 1 des Zweiten Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April 1924 erhält folgende Fassung: Der Reichsthalter kann auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Verkündung in Kraft.

Das deutsche Volk steht geschlossen zu seinem Führer!

Begeisterte Kundgebungen der Arbeiter des Handwerks und der Industrie.

Berlin, 15. Okt. Die Entscheidung des Reichskabinetts, aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz um der Ehre der Nation willen auszuscheiden und das deutsche Volk zu einer Willensentscheidung über diese Politik aufzurufen, hat im ganzen Reich stürmische Begeisterung ausgelöst. Allgemein empfindet man es als Erleichterung, daß durch die Beendigung des Genfer Komödientheaters Klarheit geschaffen wurde.

ganzlich belangloser Ausrüstung. Die politische Führung der Nation aber lag zu dieser Zeit in den Händen von Männern, die geistig nur in der Welt der Siegesstaaten wurzelten. Mit Recht konnte das deutsche Volk erwarten, daß schon aus diesem Grunde die übrige Welt ihr Versprechen so einlösen würde, wie das deutsche Volk im Schwere seiner Arbeit unter laufendfalliger Not und unter unlagbaren Entbehrungen an der Einlösung der eigenen Vertragspflicht tätig war.

Wenn Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden. Kein Friede kann die Bewingung des Krieges sein. Einmal müssen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens wieder finden. Anderthalb Jahrzehnte lang hat das deutsche Volk gehofft und erwartet, daß das Ende des Krieges endlich auch das Ende des Hasses und der Feindschaft werde. Allein der Wied des Friedensvertrages von Versailles schien nicht der zu sein, der die Welt den endlichen Frieden zu geben, als vielmehr, sie in unendlichem Hass zu erhalten.

Die Folgen des Versailler Vertrages

Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Wenn das Recht endgültig der Gewalt weicht, wird eine dauernde Unklarheit den Ablauf aller normalen Funktionen im Völkerverleben stören und hemmen. Man hatte bei der Abschließung dieses Vertrages völlig vergessen, daß der Wiederaufbau der Welt nicht durch die Sklavenarbeit einer verzwangenen Nation, sondern nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller gewährleistet werden kann, daß aber für diese Zusammenarbeit die Überwindung der Kriegspolizei die allererste Voraussetzung ist. Daß weiter die problematische Frage der Schuld am Kriege geschichtlich nicht dadurch geklärt wird, daß der Sieger den Besiegten als Einleitung eines Friedensvertrages sein Schuldbekenntnis unterzeichnen läßt, sondern daß dann die letzte Schuld am Kriege am ehesten noch aus dem Inhalt eines solchen Diktates festzustellen ist!

Das deutsche Volk ist zutiefst überzeugt von seiner Schuldlosigkeit am Kriege. Es mögen die anderen Teilnehmer an diesem tragischen Unglück ohne weiteres die gleiche Ueberzeugung hegen. Um wie viel notwendiger aber ist es dann, sich überall zu bemühen, daß aus einer solchen überzeugten Schuldlosigkeit aller nicht erst recht eine dauernde Feindschaft für immer wird, und daß die Erinnerungen an diese Katastrophe der Völker zu dem Zwecke nicht auch noch künstlich konserviert werden.

da durch eine unnatürliche Verzerrung der Begriffe „Sieger“ und „Besiegte“ eine ewige Rechtsungleichheit entsteht, die die einen mit begrifflichem Hochmut, die anderen aber mit bitterem Grimm erfüllt.

Es ist kein Zufall, daß nach einer auf so lange Zeit künstlich hinausgezogenen Erkrankung der Menschheit gewisse Folgen in Erscheinung treten müssen.

Einem erschütternden Verfall des wirtschaftlichen Lebens folgte ein nicht minder bedrohliches allgemeinpolitisches.

Was hatte der Weltkrieg aber überhaupt für einen Sinn, wenn die Folgen nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger nur in einer endlosen Reihe wirtschaftlicher Katastrophen in Erscheinung treten? Die Wohlfahrt der Völker ist nicht größer und ihr politisches Bild und ihre menschliche Zufriedenheit sind wirklich nicht immer und tiefer geworden! Erwerbslosenarmeen entwickelten sich zu einem neuen Stande der Gesellschaft. Und so wie wirtschaftlich das Gesäße der Nationen erschüttert wird, beginnt sich auch ihr gesellschaftliches allmählich zu lockern.

Die Gefahr des Bolschewismus

Unter diesen Auswirkungen des Friedensvertrages und der dadurch bedingten allgemeinen Unsicherheit, hatte am meisten Deutschland zu leiden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg auf ein Drittel der normal im Erwerbsleben der Nation stehenden Menschen. Das heißt aber, daß in Deutschland unter Einrechnung der Familienmitglieder und 20 Millionen Menschen von 65 Millionen ohne jede Erlöse einer aussichtslosen Zukunft entgegenstehen. Es war nur eine Frage der Zeit, wenn dieses Heer der wirtschaftlich Entbehrten zu einer Armee politisch und gesellschaftlich der Welt enttorender Fanatiker werden mußte!

Eines der ältesten Kulturländer der heutigen zivilisierten Menschheit stand mit über 6 Millionen Kommunisten am Rande einer Katastrophe, über die nur der blasierte Anstand hinwegsehen vermag. Wäre erst der rote Kultur als Feuerbrand über Deutschland hinweggeraht, so würde man wohl auch in den westlichen Kulturländern Europas einsehen gelernt haben, daß es nicht gleichgültig ist, ob am Rhein und an der Nordsee die Vorposten eines geistig-revolutionär expansiven asiatischen Weltreiches Wache stehen oder frohliche deutsche Bauern und Arbeiter in aufrichtiger Verbundenheit mit den übrigen Völkern unserer europäischen Kultur in redlicher Arbeit sich ihr Brot verdienen wollen.

In dem die nationalsozialistische Bewegung Deutschland vor dieser drohenden Katastrophe zurückgerissen hat, rettete sie auch ein geschichtliches Verdienst um das übrige Europa.

Sinn und Ziel der nationalsozialistischen Revolution

Und diese nationalsozialistische Revolution verfolge nur ein Ziel: Wiederherstellung der Ordnung in unserem eigenen Volk. Schaffung von Arbeit und Brot für unsere hungernden Massen. Proklamation von Ehre, Treue und Anständigkeit als Elemente einer sittlichen Moral, die anderen Völkern keinen Schaden zufügen kann, sondern höchstens allgemeinen Nutzen. Wenn die nationalsozialistische Bewegung nicht die Repräsentantin eines idealen Ideengutes wäre, hätte es ihr nicht gelingen können, unser Volk vor der letzten Katastrophe in der Zeit ihres Kampfes um die Macht zu retten. Sie ist diesem Ideengut nicht nur in der Zeit ihres Kampfes um die Macht, sondern auch in der Zeit des Besitzes der Macht treu geblieben.

Was immer sich an Verworfenheit, egoistischer Gesinnung, an Betrug und Korruption in unserem Volke seit dem unsäglichen Vertrage von Versailles angeammelt hat, wurde von uns angegriffen und bekämpft. Diese Bewegung verpflichtete sich der Aufgabe, ohne Ansehen der Person, Treue, Glauben, und Anständigkeit wieder in ihre Rechte einzusehen.

Seit acht Monaten führen wir einen heroischen Kampf gegen die kommunistische Bedrohung unseres Volkes, die Verrötung unserer Kultur, Zerschlagung unserer Kunst und Vergiftung unserer öffentlichen Moral. Der Leugnung von Gott, der Beschimpfung der Religion haben wir ein Ende gesetzt. Wir sind der Vorsehung zu demütigsten Danke verpflichtet, daß sie unseren Kampf gegen die Not der Arbeitslosigkeit, für die Rettung des deutschen Bauern nicht erfolglos ließ. Im Zuge eines Programms, für dessen Durchführung wir vier Jahre errechneten, sind in knapp 8 Monaten von 6 Millionen Arbeitslosen über 2 1/2 Millionen wieder einer nützlichen Produktion angeführt worden.

Der beste Zeuge für diese ungeheure Leistung ist das deutsche Volk selbst. Es wird der Welt bewiesen, wie sehr es hinter einem Regiment steht, das kein anderes Ziel kennt, als mit Worten friedlicher Arbeit und geistlicher Kultur mitzuhelfen am

Wiederaufbau einer heute we- nig glücklichen Welt.

Die Hecke gegen das nationalsozialistische Deutschland

Diese Welt aber, der wir nichts zuleide tun und von der wir nur eines wünschen, daß sie uns friedlich arbeiten lassen möge, verfolgt uns seit Monaten mit einer Flut von Lügen und Verleumdungen. Während sich in Deutschland eine Revolution vollzog, die nicht wie die französische oder russische Gelatomben an Menschen abschaltete, die nicht wie der kommunistische Aufstand in Paris oder die rote Revolution in Bayern und Ungarn Kulturbauten und Kunstwerke durch Verwüsten vernichtete, sondern bei der im Gegenteil nicht ein einziges Schaulustner zertrümmert, kein Gefäß geplündert und kein Haus beschädigt wurde, verbreiteten gewaltlose Hecker eine Flut von Greuelmärchen, die nur verglichen werden können mit den von den gleichen Elementen fabrizierten Lügen zu Beginn des Krieges!

Jehtausende Amerikaner, Engländer und Franzosen sind in diesen Monaten in Deutschland gewesen und konnten mit eigenen Augen die Feststellung treffen, daß es kein Land der Welt gibt mit mehr Ruhe und mehr Ordnung als das heutige Deutschland, daß in keinem Lande der Welt die Person und das Eigentum höher respektiert werden können als in Deutschland, daß allerdings auch vielleicht in keinem Lande der Welt ein schärferer Kampf geführt wird gegen diejenigen, die als verbrecherische Elemente glauben, ihre niederen Instinkte zu ungunsten ihrer Mitmenschen frei austoben lassen zu können. Diese und ihre kommunistischen Helfershelfer sind es, die sich heute als Emigranten behaupten, ehrliche und anständige Völker gegeneinander zu hassen.

Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, die übrige Welt um diesen Gewinn zu beneiden. Wir sind überzeugt, daß wenige Jahre genügen werden, um den ehrlichen Angehörigen der anderen Völker gründlich die Augen zu öffnen über den inneren Wert jener würdigen Elemente, die unter der wirksamen Plage des politischen Flüchtlings die Gebiete ihrer mehr oder weniger großen wirtschaftlichen Strupplosigkeit nützen!

Die Justizkomödie in London

Was würde aber diese Welt wohl über Deutschland sagen, wenn wir hier etwa zu qualen eines Subjektes, das das britische Parlament in Brand zu stecken versucht hätte, eine Untersuchungskommission aufzuführen ließen, deren einziger Sinn nur der sein könnte, die britische Justiz und ihre Richter unter den Wert eines solchen Salunken zu stellen. Als Deutscher und Nationalsozialist hätte ich kein Interesse daran, in Deutschland für einen Ausländer einzutreten, der in England den Staat und die dortigen Gesetze zu unterminieren versucht oder gar der deutschen Repräsentation der englischen Verfassung mit Feuer zuleibe geht.

Und selbst wenn dieses Subjekt dann — welche Schande uns Gott ersparen möge — ein Deutscher wäre, würden wir es nicht töten, sondern nur auf das tiefste bedauern, daß uns ein solches Unglück treffen mußte, und nur den einen Wunsch hegen, daß die britische Justiz die Menschlichkeit undarmherzig von einem solchen Schädling befreien möge. Wir besitzen aber auch umgekehrt Ehre genug, um empört zu sein über das Schauspiel, das, von obskuren Elementen angezogen, der Beschämung und Entwürdigung des obersten deutschen Gerichtshofes dienen soll. Und wir sind tief traurig bei dem Gedanken, daß durch solche Weisheiten Völker verachtet und entfremdet werden, von denen wir wissen, daß sie innerlich turmhoch über diesen Elementen stehen. Völker, die wir achten wollen und mit denen wir in aufrichtiger Freundschaft zusammenleben möchten.

Beröhnung mit dem französischen Volk

Ich fasse es als Zeichen eines edleren Geistes als des französischen, daß der französische Ministerpräsident Daladier in seiner letzten Rede Worte es Geistes eines verständlichen Verstehens gefunden hat, für die ihm unzählige Millionen Deutsche innerlich dankbar sind.

Das nationalsozialistische Deutschland hat keinen anderen Wunsch, als den Weltlauf der europäischen Völker wieder auf die Gebiete hinulenken, auf denen sie der ganzen Menschheit in der edelsten gegenseitigen

Rivalität jene unerhörten Güter der Zivilisation, der Kultur und Kunst gegeben haben, die das Bild der Welt heute bereichern und verschönern. Ebenso nehmen wir in hoffnungsvoller Bewegtheit von der Versicherung Kenntnis, daß die französische Regierung unter ihrem jetzigen Chef nicht beabsichtigt, das deutsche Volk zu treten oder zu demütigen. Wir sind ergriffen bei dem Hinweis auf die leider nur zu traurige Wahrheit, daß diese beiden großen Völker so oft in der Geschichte das Blut ihrer besten Jünglinge und Männer auf den Schlachtfeldern geopfert haben. Ich spreche im Namen des ganzen deutschen Volkes, wenn ich versichere, daß wir alle von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, eine Freundschaft auszustillen, die in ihren Opfern in keinem Verhältnis steht zu irgendeinem möglichen Gewinn. Das deutsche Volk ist überzeugt, daß seine Waffengehre in tausend Schlachten und Gefechten rein und makellos geblieben ist, genau so wie wir auch im französischen Soldaten nur unseren alten, aber ruhmreichen Gegner sehen. Wir und das ganze deutsche Volk würden alle glücklich sein bei dem Gedanken, den Kindern und Kindeskindern unseres Volkes das zu ersparen, was wir selbst als ehrenhafte Männer in bitter langen Jahren an Leid und Qualen anjehen und selbst erdulden mußten. Die Geschichte der letzten 150 Jahre sollte durch die beiden wechselvollen Verläufe hindurch die beiden Völker über das eine belehren haben, daß wesentliche Veränderungen von Dauer bei allem Bluteinsatz nicht mehr möglich sind. Als Nationalsozialist lehne ich es mit all meinen Anhängern aber aus unseren nationalen Prinzipien heraus ab, Menschen eines fremden Volkes, die uns doch nicht lieben werden, mit Blut und Leben derer zu gewinnen, die uns lieb und teuer sind. Es würde ein gewaltiges Ereignis für die ganze Menschheit sein, wenn die beiden Völker einmal für immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen möchten.

Das deutsche Volk ist dazu bereit

Indem wir freimütig die Rechte geltend machen, die uns nach den Verträgen selbst gegeben sind, will ich aber genau so freimütig erklären, daß es darüber hinaus zwischen den beiden Ländern keine territorialen Konflikte mehr für Deutschland gibt. Nach der Rückkehr des Saargebietes zum Reich könnte nur ein Wahnsinniger an die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Staaten denken, für den von uns auszugehen, dann kein moralisch oder vernünftig zu rechtfertigender Grund mehr vorhanden ist. Denn niemand könnte verlangen, daß, um eine Korrektur der derzeitigen Grenzen von problematischem Ansehn und ebensolchem Wert zu erreichen, eine Millionenzahl blühender Menschenleben vernichtet würde.

Antwort an Daladier

Wenn der französische Ministerpräsident aber fragt, warum dann die deutsche Jugend marschiere und in Reich und Glied antritt, dann nicht um gegen Frankreich zu demonstrieren, sondern um jene politische Willensbildung zu zeigen und zu dokumentieren, die zur Niederwerfung des Kommunismus notwendig war und zur Wiederherstellung des Kommunismus notwendig sein wird. Es gibt in Deutschland nur einen Waffenträger, und dies ist die Armee. Und es gibt umgekehrt für die nationalsozialistischen Organisationen nur einen Feind, und dies ist der Kommunismus. Die Welt muß sich aber damit abfinden, daß das deutsche Volk für seine innere Organisation zur Bewahrung unseres Volkes vor dieser Gefahr diejenigen Formen wählt, die allein einen Erfolg garantieren können. Wenn die übrige Welt sich in unersichtbaren Festungen verchanzt, ungeheute Fluggeschwader baut, Riesentanks konstruiert, enorme Geschütze gießt, kann sie nicht von einer Bedrohung reden, weil deutsche Nationalsozialisten gänzlich waffenlos in vier Ecksäulen marschieren und damit der deutschen Volksgemeinschaft sichtbaren Ausdruck und wirksamen Schutz verleihen!

Das deutsche Volk fordert Gleichberechtigung, nicht Waffen

Wenn aber weiter der französische Ministerpräsident Daladier die Frage erhebt, warum dann Deutschland Waffen fordere, die doch später besetzt werden müßten, so liegt hier ein Irrtum vor: Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben überhaupt nicht Waffen, sondern Gleichberechtigung gefordert. Wenn die Welt überhaupt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Konvention beizutreten. Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu vernichten sind, wir sind bereit, auf sie von vornherein zu verzichten.

Wenn aber die Welt bestimmte Waffen jedem Volke zubilligt, sind wir nicht bereit, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon ausschließen zu las-

sen! Wenn wir dies unserer Ueberzeugung entsprechend ehrenhaft vertreten, sind wir für die anderen Völker anständiger Partner als wenn wir gegen diese Ueberzeugung bereit wären, demütigende und entehrende Bedingungen anzunehmen. Denn wir sehen mit unserer Unterstich ein ganzes Volk als Pfand ein, während der ehr- und charakterlose Unterhändler vom eigenen Volk nur abgelehnt wird. Wenn wir Engländern, Franzosen oder Polen Verträge tätigen sollen, wünschen wir von vornherein, sie nur mit Männern abzuschließen, die selbst hundertprozentig als Engländer, Franzosen oder Polen denken und für ihre Nation handeln; denn nicht mit Unterhändlern wollen wir Pakt schließen, sondern mit Völkern Verträge. Wenn wir uns heute gegen eine gewissenlose Hecke wenden, dann auch nur deshalb, weil nicht die Hecke, sondern leider die Völker mit ihrem Blut für die Sünden dieser Weltvergiftung zu büßen haben.

Deutschlands Teilnahme am Völkerbund und an der Abrüstungskonferenz

Die früheren deutschen Regierungen sind einst vertrauensvoll in den Völkerbund eingetreten in der Hoffnung, in ihm ein Forum zu finden für einen gerechten Ausgleich der Völkerinteressen, der aufrichtigen Veröhnung, vor allem aber der früheren Gegner. Dies setzte aber voraus die Anerkennung der erblichen Wiedergleichberechtigung des deutschen Volkes.

Unter derselben Voraussetzung erfolgte auch ihre Teilnahme an der Abrüstungskonferenz. Die Deklassierung zu einem nicht gleichberechtigten Mitglied einer solchen Institution oder Konferenz ist für eine ehrliche Nation von 65 Millionen Menschen und eine nicht minder ehrliebende Regierung eine unerträgliche Demütigung. Das deutsche Volk hat seine Abrüstungsverpflichtungen bis zum Uebermaß erfüllt. Die auferlegten Staaten wären nunmehr an der Reihe, die analogen Verpflichtungen nicht weniger einzulösen. Die deutsche Regierung nimmt an dieser Konferenz nicht teil, um für das deutsche Volk einzelne Kanonen oder Maschinengewehre herauszuhandeln, sondern um als gleichberechtigter Faktor an der allgemeinen Weltbetrachtung mitzuwirken.

Die Sicherheit Deutschlands ist kein geringeres Recht als die Sicherheit der anderen Nationen

Wenn der englische Minister Baldwin es als selbstverständlich hinstellt, daß England unter Abrüstung nur die Abrüstung der höher gerüsteten Staaten gleichlaufend mit der Aufrüstung Englands bis zu einem gemeinsamen Niveau verstehen kann, dann wäre es unfair, Deutschland mit Vorwürfen zu überhäufen, wenn es am Ende als gleichberechtigtes Mitglied in der Konferenz dieselbe Auffassung auch für sich vertritt. Es kann aber in dieser Forderung Deutschlands überhaupt keine Bedrohung der übrigen Mächte liegen.

Denn die Verteidigungsanlagen der anderen Völker sind ja gegen schwerste Angriffswaffen geschützt, während Deutschland keine Angriffswaffen, sondern nur jene Verteidigungswaffen fordert, die auch in Zukunft nicht verboten, sondern sämtlichen Nationen gestattet sind. Und auch hier ist Deutschland von vornherein bereit, sich zahlenmäßig mit einem Minimum zu begnügen, das in keinem Verhältnis steht zur gigantischen Rüstung der Angriffs- und Verteidigungswaffen unserer früheren Gegner.

Die bewußte Deklassierung aber unseres Volkes, die darin liegt, daß man jedem Volke der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur uns allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist.

Die Begründung des deutschen Schrittes

Ich habe schon in meiner Friedensrede im Mai erklärt, daß unter solchen Voraussetzungen wir zu unserem Leidwesen auch nicht mehr in der Lage sein würden, dem Völkerbunde anzugehören oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen. Die Männer, die heute Deutschland führen, haben nichts gemein mit den besoldeten Landesverrättern des November 1918. Wir alle haben einst genau so wie jeder anständige Engländer und jeder anständige Franzose unserem Vaterlande gegenüber mit Einfach unseres Lebens unsere Pflicht erfüllt. Wir sind nicht verantwortlich für den Krieg, sind nicht verantwortlich für das, was in ihm geschah, sondern fühlen uns nur verantwortlich für das, was jeder Ehrenmann in dieser Not seines Volkes machen mußte und was wir auch getan haben. Wir hängen in genau der grenzenlosen Liebe an unserem Volke, wie wir aus dieser Liebe heraus von ganzem Herzen eine Verständigung mit den anderen Völkern wünschen und, wo es uns nur überhaupt erträglich wird, auch zu erreichen versuchen. Es ist uns damit aber als Vertreter eines ehrlichen Volkes und eines ehrlichen eigenen Ichs unmöglich, an Diskussionen teilzunehmen unter Voraussetzungen, die nur für einen

Unehrlichen erträglich sind. Es konnte unfertwegen einst Männer geben, die auch unter einer solchen Belastung glauben an internationalen Abmachungen teilzunehmen zu können. Es ist belanglos, zu prüfen, ob sie selbst die Besten unseres Volkes waren, aber sicher ist, daß hinter ihnen nicht das Beste unseres Volkes stand. Die Welt kann aber nur ein Interesse daran besitzen mit den Ehrenmännern und nicht mit den Fragwürdigen eines Volkes zu verhandeln, mit diesen und nicht mit anderen Verträge abzuschließen, sie muß dann aber auch ihrerseits dem Ehrgefühl und Ehrempfinden eines solchen Regiments Rechnung tragen, so wie auch wir dankbar sind, mit Ehrenmännern verkehren zu können.

Es ist aber um so notwendiger als nur aus einer solchen Atmosphäre heraus die Maßnahmen zu finden sind, die zu einer wirklichen Befriedigung der Völker führen. Denn der Geist einer solchen Konferenz kann nur der einer aufrichtigen Verständigung sein, oder der Ausgang aller dieser Versuche ist von vornherein zum Scheitern bestimmt.

Deutschlands Ehre über alles!

Indem wir aus den Erklärungen der offiziellen Vertreter einer Reihe von Großstaaten entnommen haben, daß von ihnen an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Zeit nicht gedacht wird, ist diesem Deutschland zur Zeit auch nicht möglich, sich weiterhin in einer so unwürdigen Stellung anderen Völkern aufzudrängen. Die Drohungen mit Gewalt können uns in ihrer Verwirklichung nur Rechtsbrüche sein. Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Ueberzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Ehrauffassung und Ehrbegriff des ganzen Volkes sind.

Volk und Regierung sind eins!

Ich habe mich entschlossen, zur Dokumentierung dieser Behauptung den Herrn Reichspräsidenten zu bitten, den Deutschen Reichstag aufzulösen und in einer Neuwahl, verbunden mit einer Volksabstimmung, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu bieten, ein geschichtliches Bekenntnis abzulegen nicht nur im Sinne oder Billigung der Regierungsgrundsätze, sondern auch in einer bedingungslosen Verbindung mit ihnen.

Möge die Welt aus diesem Bekenntnis die Ueberzeugung entnehmen, daß das deutsche Volk sich in diesem Kampfe um seine Gleichberechtigung und Ehre nicht als identisch erklärt mit seiner Regierung, daß aber beide im tiefsten Grunde von keinem anderen Wunsche erfüllt sind, als mitzubekommen, eine menschliche Epoche tragischer Verirrungen, bedauerlichen Habens und Kampfes zwischen denen zu beenden, die als Bewohner des kulturell bedeutungsvollsten Kontinents der ganzen Menschheit gegenüber auch in Zukunft eine gemeinsame Mission zu erfüllen haben. Möge es dieser gewaltigen Friedens- und Ehrkundgebung unseres Volkes gelingen, dem inneren Verhältnis der europäischen Staaten untereinander jene Voraussetzung zu geben, die zur Beendigung nicht nur eines jahrhundertelangen Habens und Streites, sondern auch zum Wiederaufbau einer besseren Gemeinschaft erforderlich sind: Die Erkenntnis einer höheren gemeinsamen Pflicht aus gemeinsamen gleichen Rechten!

Aus Stadt und Land

Magold, den 16. Oktober 1933. Deutschland ist die Universität der Welt. Englische Pressestimme.

Dr. E. Stähle-Magold ins Innenministerium berufen

Schon geraume Zeit wählten es Eingeweihte, daß Dr. med. Eugen Stähle M. d. N. unsere Stadt verlassen wird und seine Berufung als ärztlicher Hauptberichterhatter im Innenministerium nur eine Frage der Zeit sein würde. Nun ist, wie das Medizinische Korrespondenzblatt berichtet, seine Berufung endgültig erfolgt. Als ehrenamtlicher Kommissar für die Volksgesundheit in Württemberg und seine dadurch bedingte Anwesenheit in Stuttgart hielt ihn schon lange oft von Magold ferne, daß er sozulagen nur beiläufig auf Toge in seinem hiesigen Heim und bei seiner Familie weilte. Wenn sich Dr. Stähle bereit fand, diesem Ruf Folge zu leisten, so ist dies ein tüchtlicher Beweis nationalsozialistischen Denkens und ein Beispiel von Gemeinnutz unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen, erwiesen durch die Aufgabe seines freien Berufes, seiner sehr geliebten großen Praxis und nicht zuletzt seines Freundeskreises innerhalb der Partei, die ihre Größe und Bedeutung in Magold und weit darüber hinaus, diesem heldenhaften Vorkämpfer und Wegbereiter zum Großteil verdankt. Wir alle werden den überall beliebten Arzt, den lebenswürdigen Menschen und hilfsbereiten Parteigenossen, der so oft erfolgreich und kampfbegierter auf der politischen Bühne stand um in kulminanter, glänzender Rede unsere Gegner erbarmungslos zu vernichten, nie vergessen! Der Mitbegründer der hiesigen stolzen Hochburg der NSDAP, Dr. E. Stähle, ist für die Stadt Magold, deren Ehrenbürger er ist, ein unauflöslicher Begriff geworden und ist nur zu wünschen, daß die endgültige Ueberriedlung nach Stuttgart noch nicht so rasch akut wird, damit wir Dr. Stähle wenigstens zum Wochenende in unseren Mauern wissen.



„Die Försterchriftel“

Operette in 3 Akten von Bernhard Bachbinder Musik von Georg Jarno.

Dem Vereinigten Vieder- und Sängerkreis verbanden wir mit der Wiederholung der allerliebsten Operette „Die Försterchriftel“, welche am Samstag und Sonntag im Traubensaal über die Bretter gina, ein wirklich schönes Erlebnis als Auftakt der winterlichen Veranstaltungen. Wenn die beiden Aufführungen, nachdem man das Stück bereits vor 8 Monaten gesehen hat, wiederum volle Häuser zeitigten, so ist dies ein sicheres Zeichen dafür, daß man die reizende Handlung und das eindrucksvolle Spiel gerne nochmal auf sich einwirken ließ. Einen besonderen Anziehungspunkt bildete diesmal jedoch noch das Orchester unter Leitung von Dr. H. K. während die früheren Aufführungen lediglich auf Klavierbegleitung angewiesen waren. Um es vorweg zu sagen, das instrumentale ausgezeichnete besetzte Orchester löste seine nicht leichte Aufgabe mit fester Eleganz, selbst bei exponierten Stellen, wenn Solisten oder Chöre hinter den Kulissen in Aktion traten und eine sichtbare Verbindung zwischen Dirigent und Sängern nicht gegeben war. Das Spiel, dessen Leitung in bewährten Händen des Viedertransportverbandes, Präzeptor Wieland lag, war wie aus einem Guß und klappte bis ins Kleinste, ebenso die Tänze, für die Frau Seutner verantwortlich zeichnete. Bis auf Frau Seutner als Komtesse Josefina, die ihren Part auch in den Solopartien spielend meisterte, hat die Rollenbesetzung eine Veränderung nicht erfahren.

Fräulein Billinger als Chrifstel entledigte sich ihrer Glanzrolle mit einer selbstverständlichen Sicherheit und den ihr in so reichem Maße eigenen Mittel an Stimme, Charme, Mimik, Klasse und Figur, daß man an diesem prächtigen Naturtal keine reine helle Freude haben mußte. Andere Meinungen über ihre schauspielerischen Fähigkeiten, die wir bereits im Februar bei ihrem Debüt anerkannt haben,

hat sich noch mehr vertieft und kann mit Recht wiederholt werden, daß man diese Försterchriftel anderswo nicht schöner und besser erlebt, sie ist und bleibt die Seele des Spiels, das beherrscht wird von ihrer gesunden Stimme und ihrem natürlichen Wesen, das im richtigen Moment in realistischer Weise selbstlicher zum Ausdruck kommt. Ihr unter ehrliches Bravo! Und nun ihre Partner: C. Seeger, seit einem halben Jahr in Stuttgart, beruflich tätig, stellte seine nicht minder wertvolle Kraft dem Gelingen der Veranstaltung zur Verfügung. Nagold, den Ort seines früheren Wirkens aufsuchend. Sein Spiel als erster Liebhaber und Komviant findet eine Steigerung bis ins Hochdramatische. Wuchtig ertönt sein prächtiger Tenor in Solopartien und aus den Chorgesängen heraus; jede Bewegung wird zur festesten Geste, jedes Mimenspiel verrät die Leidenschaft der Paula. Präzeptor Wieland verkörpert den Kaiser in seiner ihm eigenen vornehmen Ruhe und majestätischer Würde. In seinem sachlichen Fühlen und in beiden Besitzt auf eine ausichtslose Liebe, gehalten er wirklich schöne, menschliche Figuren, die unsere Sympathien für ihn steigern. Peter Walperl wird von Paul Seeger in bekannt humorvoller Weise wiedergegeben; sein Besitzt auf die schöne Chrifstel ist, nachdem sein Schwindelmannöver an den Tag kam, kurz und schmerzlos.

Alle übrigen Rollen wurden mit Geschick und großer Hingabe gespielt so Güstel Walz als Förster, der seit Februar ordentlich alt geworden ist, die Jägerin, Fel. V. Günther, der Hofdamenlor, die Fel. V. Braun, Harr. Leih, Schwarz, Weinken und Wieland, sowie die Hofdamen, Ebert, Gutkunst, Hausch, O. Jung, W. Jung, Neule und Saut.

Der überaus reiche Beifall des Publikums war ein berechtigtes Zeichen der dankbar-freudigen Aufnahme des Stückes an alle Mitwirkenden.

Zu Beginn der Werbewoche des Deutschen Handwerks

Unsere SA-Kapelle leitete gestern früh 7 Uhr den ersten Mobilmachungstag der Werbewoche mit einem großen Wecken ein. Mit ihr zogen Metzger- und Bäckergehilfen und Lehrlinge durch die morgendliche Stadt. Um 9 Uhr stellte sich ein stattlicher Zug zum gemeinsamen Kirchgang am Rathaus auf. Neben wiederum die SA-Kapelle, der die SA, SS, SAJ, der Reiterturn, Stahlhelm, die HJ, und das gesamte Handwerk, Metzger, Bäcker, Gelellten und Lehrlinge folgten. Ritar Schubert sand aus dem Bibeltext: Mattheus 22, 39 „Du sollst Deinen Nächsten lieben als dich selbst“ eindrucksvolle Worte über dieses vornehmste und höchste Gottesgebot. — Abends 7 Uhr fand sich das heimische Handwerk im „Lomental“ zu einem Werbe-Abend zusammen. Gewerbevereinsvorsitz Hermann Kapp entbot ein herzlich „Grüß Gott“ und stellte seinen Ausführungen die jugendlichen Worte des Werbeplakates voran: „Deine Hand dem Handwerk“. „Das Handwerk“, so betonte er, „ist ein harter Nachtfaktor, wenn der gemeinsame Wille zu gemeinsamer Tat vorhanden ist. Die große Geschichte des Deutschen Handwerks länden und Denkmäler handwerklicher Kunst und wenn die jüngste Vergangenheit diesen Berufsstand nahezu zum Erliegen brachte, so sehen wir heute das Morgenrot einer neuen Zeit am deutschen Himmel leuchten. Wir haben uns nicht verarmt, einen Festabend zu feiern, sondern das Licht der Deutschen Handwerksarbeit, die im neuen Staat verantwortungsbewusste ernsthafte Förderer findet, zu begehnen.“ Nun wickelt sich ein sehr reichhaltiges, unterhaltendes Programm ab, dessen musikalischen Teil die SA-Kapelle unter Kapellmeister Kometsch in gewohnter Manier bestritt. Gewerbelehrer Sonnenwald studierte mit der männl. Jugend verschiedene Sprechdritte ein, die sehr eindrucksvoll wiedergegeben wurden. Der Ver. Vieder- und Sängerkreis trug 4 prächtige Chöre vor. Der H.J. und die HJ führten Volkstänze auf, von welchen der Werbeturn als herausragende Leistung gewertet werden muß. Mit einer ebenso beifällig aufgenommenen Volkstanzgruppe stellte sich Fräulein Witzmann vor. Für Humor sorgten der Tanz der Handwerksburischen und der „Tonfilm“ Handwerkers Erdenwallen. — In der Pause nahm Hermann Kapp die Ehrung zweier verdienter Altmeister ihres Handwerks, nämlich

Schreinermeister Gabel und Schreinermeister Dötting vor, denen vom Landesverband der Württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, desgleichen vom Gewerbeverein Nagold je eine künstlerisch ausgeführte Silberne Plakette mit Worten voll Anerkennung und Dankbarkeit überreicht wurde.

Im Mittelpunkt stand die Rede des Handwerkerführers und Landtagsabgeordneten Philipp Säner.

Einleitend erzählte er von seiner sonntäglichen Tagesfahrt nach Reutlingen und Wülfingen, wo er 19 Jannungsjahren weichte, eine Ausstellung eröffnete und außerdem noch zweimal sprechen mußte. Im Gegensatz zu Wülfingen, dessen Riesenfesthalle nur ein Drittel derer fassen konnte, denen in der Handwerkerwoche ein Besuch wert erschien, sei er beim Anblick des schwach besetzten Lomental bitter enttäuscht. Er fuhr fort: „In den letzten 8 Monaten hat eine Veranstaltung die andere abgelöst, hervorzuheben waren der 1. Mai, „Der Tag der Arbeit“, der 1. Oktober, „Der Tag der Ernte“ und nun folgt „Die Woche des Handwerks“. Arbeiter, Bauern, Handwerker, das sind die stärksten Säulen des Staates, in ihnen sind alle Kräfte verankert. Kein Stand kann ohne den anderen existieren, eine logische Folgerung, daß eine absolute Verbundenheit und Einigkeit innerhalb der Stände herrschen muß. Wenn in den letzten Jahren das Handwerk schematisiert, rationalisiert und verproletarisiert wurde und ein Streikmann in Bezug auf die Verstrückung des Handwerks gefagt hat, daß auf Handwerk und gewerblichen Mittelstand keine Rücksicht genommen werden kann, selbst auf die Gefahr hin, daß sie zu Grunde gehen, angeht solches widerlicher Tatsachen überkommt uns die ehrliche tiefinnere Dankbarkeit gegenüber unserem großen Führer, der solchem Spiel ein Ende bereitet hat. Nun gilt es aber auch, dem Nachbarn gegenüber anständig zu sein, den Geist der Volksgemeinschaft in uns aufzunehmen. Wenn das Handwerk heute auf die Straße geht und demonstriert, so ist dies als Gefolgschaftstreue

Legt Klebgürtel an!

gegenüber dem Kanzler anzusehen, der dem Handwerk die hilfreiche Hand reicht. Deshalb heißt alle mit an der gigantischen Arbeit und feigt die innerpolitische Volksgemeinschaft, frei von verderblichem Krämergeist, der auch in unseren Reihen noch anzutreffen ist; noch manche sind vom Zeitgeist vergangenen Systems angefahren und verurteilt und diejenigen müssen nun bald beitreten lernen, was dem Volke dient.“ Kurz streifte Redner noch die außenpolitische Lage, die durch die jüngsten Ereignisse in ein neues Stadium getreten ist und richtet einen dringenden Appell an alle vernünftigen Menschen, ihre Befanntschaft zur Volksgemeinschaft durch die Wahl am 12. November zu bekunden. „Was aus kommenden mag und wir werden noch manche Bitternis überwinden müssen, jedoch stehe hinter dem Führer, ihm restloses Vertrauen schenkend, denn nicht Amboss wollen wir sein, sondern... Hammer.“ Ein draulendes „Sieg Heil“ galt Hitler, Hindenburg und Handwerk. Als Treuebekenntnis erklang zum Schluß das Horst-Wessel-Lied.

An alle Handwerksmeister, Geschäfts- und Betriebsinhaber von Nagold

Zum Werbeumzug am Mittwoch, den 18. Oktober treten sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer pünktlich um 4.15 Uhr an den Sammelplätzen an. Den Anordnungen des Jungleiters, Schreinermeister Kaupp ist unbedingt Folge zu leisten. Die einzelnen Bezirke tragen Sorge, daß für die Altmeister Fahrlegende vorhanden ist.

Sämtliche Betriebe schließen um 3 Uhr, Ladengeschäfte um 4 Uhr.

Damit Verdienstaussätze für die Arbeitnehmer unterbleiben, sollen die ausgefallenen Arbeitsstunden in den darauffolgenden Tagen nachgeholt werden.

Die Werbewoche des Deutschen Handwerks ist eine Kundgebung des gesamten gewerblichen Mittelstandes und die Teilnahme auch nicht handwerksmäßiger Betriebe und Geschäfte muß Zeugnis von der Geschlossenheit des gewerblichen Mittelstandes ablegen.

Sfelshausen, 16. Okt. Kircheneinweihung. Für unsere Gemeinde war der Kirchweihsonntag ein besonderer Festtag. Unser Kirchlein, das beinahe 200 Jahre alt ist, wurde in seinem Innern in den letzten Wochen einer durchgehenden Erneuerung unterworfen. Die Arbeit war dem Kirchenmaler Möhrle in Balesbronn übertragen, der mit seinem Geschwand und viel Liebe zur Sache diese Arbeit ausführt. Es ist wirkliche Volkskunst, die er uns geboten hat. Am Kirchweihsonntag wurde das Kirchlein in seinem neuen Schmuck durch einen Festgottesdienst eingeweiht, der dadurch noch eine besondere Note erhielt, daß unser früherer Ortsgeistlicher, Oberkirchenrat Pfessl, zu der Feierlichkeit erschienen ist und in einer Ansprache uns die Grüße des Herrn Landesbischofs überbrachte. Stadtpfarrer Brecht machte durch seine Weisepredigt das Kirchlein von neuem allen Gemeindegemeinschaften lieb und wert. Die Schiller verhönten die Feier durch Sprechchor und Gesang. Wir sind stolz auf dieses Schmuckstück unseres Dorfes und auch an dieser Stelle sei allen denen herzlich gedankt, die durch Rat und Tat, aber auch durch Geldspenden das Werk zum Gelingen brachten.



Anordnungen der NSDAP.

SA-Reiterturn. SA-Reiterführer Nagold. Heute Montag abend 8 Uhr „Schwanz“, Wehrsport und Befehlsbekanntgabe. Volljähriges Erscheinen Pflicht. Ziegler, b.m.d.S. SA.R.St.



Kurzmeldung des Stahlhelm

Morgen Dienstag abend 8 Uhr „Krone“ Lichtabend des Kernta u. Wehrta. Forttag von Kamerad Haeder über Berberungslehre.

Turnen, Spiel und Sport

Fußball. Nagold 1. — Calmbach 1, 1:0
Zweite Mannschaften 1:3
Handball. Nagold 1. — TB. Altenkeig 1, 4:3
Zweite Mannschaften 2:4
Berichte folgen morgen.

Handel und Verkehr

Biehpreise, Ebingen: Jungvieh 70 bis 150, Kalbeln 220—300, Röhre 180—320 RM. — Spaidingen: 1/2jährige Kinder 100, trädtrige bis 1 1/2jährige 120—180, trädtrige Kalbeln 280—370, trädtrige Röhre 250—300 RM.

Schweinepreise, 14. Okt. Balingen: Milchschweine 8—15 Mark. — Giengen a. Br.: Saugschweine 12—17, Käufer 29 bis 40 RM. — Güglingen: Milchschweine 16—24, Käufer 38—65 RM. pro Paar. — Herrenberg: Milchschweine 13—18, Käufer 22—30 RM. — Künzelsau: Milchschweine 11—19 RM. — Rarbach: Milchschweine 12—18 RM. — Grobholzwar: Milchschweine 13—14 RM. — Ebingen: Ferkel 15—20 RM. — Kollmweil: Milchschweine 9—12 RM. — Ulm: Milchschweine 12—18 RM. — Waihingen a. G.: Milchschweine 10.50—17 RM. — Weikersheim: Milchschweine 11—18 Reichsmark.

Reichpreise, 14. Okt. Balingen: Haber 6.50—6.80, Dinkel 7.50—9, Weizen 9.10 bis 10.50, Gerste 8 RM. — Giengen a. Br.: Weizen 9.40, Haber 6.20, Gerste 8.30 bis 8.60, Kernen 10.20 RM. — Tübingen: Weizen 8.50—9.50, Saatweizen 10 bis 12, Dinkel 7—9, Gerste 7.30—8, Haber 6.20—6.80 RM.

Obstpreise, 14. Okt. Balingen: Obb 7.20—9 RM. — Herrenberg: Tafeläpfel 8—15, Tafelbirnen 8—14, Mostäpfel 6.50, Mostbirnen 5.50—6, Zwetschen 18—20 RM. — Heilbronn: Äpfel 8—16, Birnen 7—14, Mostobst 6.20—6.50 RM. — Neuenstein: Tafeläpfel 8—11, Tafelbirnen 7—11, Mostäpfel 6—6.20, Mostbirnen 5 bis 5.10 RM. pro Ztr.

Stuttgarter Obstgroßmarkt

Die Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins in Stuttgart gibt über den Stuttgarter Obstgroßmarkt am 14. Oktober 1933 folgenden Bericht aus: Tafeläpfel 15—20 RM. per 50 Kilogramm, Tafelbirnen 15—22 RM., Koo- und Zöbäpfel 6—7 RM., Hausweißkugeln 20—22 RM., Pfirsiche 20—25, Nuppen 13—16 RM., Mostobst 6.50—6.80 RM.

Die Marktlage auf dem Obstgroßmarkt hat sich wenig verändert, die Zufuhr blieb auf der seitherigen Höhe. Ueber mangelnde Kaufkraft ist weniger zu klagen als über vielfach standhafte Darbietung des Obstes in allen möglichen und unmöglichen Größen. Wenn „Koter Ziegleräpfel“ ein nahezu ungenießbarer Mostapfel zu 16 RM. und Kaiser Wilhelm“ einer der wertvollsten späten Wintertafeläpfel zu 12 RM. gehandelt wird, so läßt das sowohl auf Verantwortungsllosigkeit der Zubringer als auf Unkenntnis seitens der Käufer schließen. Die letzten Zwetschen sind als besondere Wertobjekt mit dem doppelten Preis bezahlt worden. Anzustreben bzw. durchzusetzen ist die Förderung einer sachgemäßen, sauberen Anlieferung des Winterobstes, wenn nicht auch Werte nachträglich noch verloren gehen sollen. Zufuhr (1400 Zentner) auf dem Mostobstmarkt reichlich, Verkauf wenig befriedigend.

Die Wetteraussichten

Wetter für Dienstag und Mittwoch. Unter Hochdruckeinfluß ist für Dienstag und Mittwoch trockenes und auch zeitweilig heiteres, herbstlich kühles Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Nagold. **Taubenschlagssperre!** Wegen der Herbstflut sind die Tauben ab heute 14 Tage lang einzusperren. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. **Büraermeisteramt.** 910



und noch viele andere **Abreißkalender** für 1934 bei **G.W. Zaiser** Nagold

Bestellen Sie unsere Zeitung!



Ein neuer Roman Der Bauernkel von Gustav Schröder

Hier brennt und stammt die Not Deutscher Gegenwart, die Sehnsucht der Millionen nach eigener Scholle. Der Sohn des kleinen Maschinenwärters pacht das Schicksal mit zähem Willen und bäuerlicher Tüchtigkeit. Wieder ein starkes, zukunftsreiches Buch für deutsche Menschen. **Vorrätig in der**

Buchhandlung Zaiser, Nagold

Schwerhörigkeit und Ohrensauen

heilbar? Rat und Auskunft umsonst. Porto beifügen. **Emil Loest, Spezial-Institut** Duderstadt 17, 11 a. Harz. Erfinder des Deutschen Reichspatent Nr. 451 430 und anderer Patente.

Heraus mit Ihren Aufträgen!

Die **Maßschneiderei Ziefle** Ebhausen — Fernsprecher 116 fertigt sämtliche Kleidungsstücke bei modernster Form und Verarbeitung in kürzester Zeit und billigster Berechnung an.

Schiklub Nagold

Am Dienstag, den 17. Oktober, abend 8 Uhr findet im Gasthaus „Traub“ (Nebenzimmer) eine

außerordentl. Versammlung

Dazu werden alle Schifahrer und Freunde des weissen Sports herzlich eingeladen. **Der Vorstand.** 912

Mil.- u. Vet.-Ver. Nagold

Ich erlaube die Kameraden, ihre Fahrkarte für den Sonderzug nach Stuttgart, 22. Okt. 33, selbst hier auf dem Bahnhof postfrei bis 20. Okt. abends zu lösen. Um rege Beteiligung bittet **der Vereinsführer: Emil Werner.**

Zum Werbe-Umzug in Altensteig

der 35 Festwagen und Gruppen aufweist, fährt heute Montag mittag pünktlich 1/2 Uhr ein **Omnibus** vom Adolf Hitlerplatz ab. **Auto-Koch.**

Reichstagsbrandstifter-Prozess

Alle „Braunbuch-Lügen“ widerlegt! / Vernehmung der Feuerwehr im Reichstagsbrandstifterprozess

Berlin, 15. Oktober.

Die Samstag-Verhandlung beginnt mit einer Verzögerung von mehr als einer halben Stunde, da das Gericht noch Beschlüsse zu fassen hat. Auch zu dieser Sitzung ist der Angeklagte Dimitroff noch nicht zugelassen.

Senatspräsident Dr. Bänder gibt zunächst folgendes bekannt: Das Gericht hat den Angeklagten Dimitroff vor einiger Zeit von den Verhandlungen ausschließen müssen, weil er ungeachtet der mehrfachen Verbote sich in Beleidigungen von Beamten erging. Dem Senat ist nunmehr von den ausländischen Rechtsanwälten Petkoff, Grigoroff, Gallagher und Willard die Abschrift eines Schreibens vom 12. Okt. vorgegangen, das die genannten Herren an den Verteidiger der Bulgaren, Rechtsanwalt Dr. Teichert gerichtet haben und das sich mit den längst in öffentlicher Sitzung als haltlos widerlegten Vorwürfen über eine angebliche Nichtigklärung des Angeklagten Dimitroff befaßt.

In diesem Schreiben lagen die genannten Rechtsanwälte wörtlich, daß sie der Meinung sind, daß nach der Behandlung, die Dimitroff von der Polizei und den Untersuchungsbehörden erfahren hat, bis zum Anfang des Leipziger Prozesses Dimitroff als Mensch nur Verachtung und Hohn diesen Behörden gegenüber haben könne. Die Rechtsanwälte, denen in entgegenkommender Weise Dauerhörerarten für die Verhandlung ausgestellt sind, wagen es also, derartige schwere Beleidigungen und Anwürfe dem Rechtsanwalt Dr. Teichert gegenüber gegen Beamte, insbesondere den Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes zu äußern und durch Verleumdung einer Abschrift dem Reichsgericht zur Kenntnis zu bringen, dem Reichsgericht, das sie zugelassen hat. Ein derartiges Verhalten charakterisiert sich selbst. Ich entziehe den genannten Herren ihre Hörerarten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sack teilt dem Gericht dann ein Schreiben des brasilianischen Journalisten Castello mit, von dem ein französisches Telegramm behauptet hatte, er sei auf Veranlassung von Sack aus Deutschland ausgewiesen. In dem Schreiben erklärt Castello die Behauptungen dieses Telegramms für durchaus falsch. Er sei überhaupt nicht beim Reichstagsbrandprozess gewesen.

Vernehmung der Feuerwehr

Unter den ausgerufenen für Samstag geladenen Zeugen befindet sich auch der frühere Branddirektor Gemp. Rechtsanwalt Dr. Sack bittet festzustellen, ob der hier anwesende Zeuge Gemp identisch ist mit dem Branddirektor Gemp, der am 27. Februar die Leitung der Löscharbeiten beim Reichstagsbrand hatte. Es sei ihm nämlich mitgeteilt worden, daß dieser Branddirektor Gemp ermordet sein soll. Der Zeuge Branddirektor Gemp protestiert lächelnd gegen die Behauptung von seiner Ermordung.

Hierauf wird die Vernehmung des Zeugen Seranowitsch fortgesetzt. Oberreichsanwalt Dr. Werner weist auf den Schlussbericht der Londoner Untersuchungskommission hin, in dem „festgestellt“ wird, daß der Korrespondent einer großen ausländischen Pressekorrespondenz am Abend des Brandes erhebliche Mengen Brandmaterial — leicht brennbare Stoffe, Leerpappe, Berg, leicht brennbare Flüssigkeiten usw. — gesehen hat. Er hat ferner berichtet, daß die Feuerwehrleute den Sitzungssaal gesäubert und das Material in den Korridor geschafft haben, damit nicht auch dieses noch Feuer finge.

Zeuge Seranowitsch: Im Umgang zum Plenarsaal ist unter einem Pult ein Regal. Da waren Druckfaden aufgestapelt im Gesamtgewicht von etwa 3 bis 4 Kilogramm. Diese Druckfaden sind fortgeschafft worden. Wenn von Brennmaterial, Leerpappe, Berg usw. gesprochen wird, so ist das eine Lüge.

Als nächster Zeuge wird der Brandmeister Klop, der dem 7. Feuerwehrzug in Noabit angehört, vernommen. Brandmeister Klop gibt an, daß die Wache um 9.15 alarmiert wurde. Sein Zug sei mit aller größter Beschleunigung zur Brandstelle gegangen, wo er nach 4 bis 6 Minuten eingetroffen sei. Ein anderer Löschzug sei schon vor dem Reichstage gewesen und war bereits im Begriff, mit Leitern in die Fenster zu steigen. Der Zeuge ist dann zusammen mit zwei Feuerwehrleuten durch das Portal V zur Wandelhalle gestürzt. Kleine Brandherde an der Säule hat er sofort mit dem Löscher gelöscht. Er versuchte dann, in den Plenarsaal zu kommen; als er die Tür aufmachte, schlugen im starken Stöße und er wurde zurückgeworfen. Im Hintergrunde sah er einen Feuerchein. Das sei 9.24 Uhr gewesen. Den großen Feuerchein habe er aber nicht am Präsidententisch gesehen, sondern dieser Schein sei links oben von der Galerie gekommen. Auf Vorhalte des Vorsitzenden erklärt der Zeuge mit Bestimmtheit, daß in dieser Hinsicht keine Täuschung möglich sei. Er sei dann in die Wandelhalle zurückgelaufen, wo ihm auch schon

andere Feuerwehrleute mit den Schläuchen entgegenkamen. Der Zeuge bestätigt, daß mit dem Spritzen um 9.26 Uhr bis 9.27 Uhr begonnen worden ist.

Keine Verzögerung der Löscharbeit

Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest, daß von einer Verzögerung der Löscharbeit keine Rede sein könne.

Die Frage des Oberreichsanwaltes, ob es am 9.27 Uhr schon so heiß gewesen sei, daß niemand mehr in den Plenarsaal kommen konnte, bejaht der Zeuge und erklärt, daß da die Situation schon so gewesen sei, daß nichts mehr zu retten war.

Oberreichsanwalt: In London hat ein Zeuge gesagt, er habe um 11 Uhr nachts gesehen, daß eine ungeheure Menge von Zeitungen und Brandmaterial im Plenarsaal auf dem Boden lag, ebenso leicht entzündbare Flüssigkeit, und daß die Feuerwehr dieses Material aus dem Sitzungssaal in die Umgänge schleppte. Zeuge: Das war unmöglich, der Saal war schon in hellen Flammen.

Auf Fragen des Rechtsanwaltes Teichert erklärt der Zeuge, daß die Feuerwehr glatte Fahrt hatte, es herrschte zwar Frost, es war aber kein Glätteis. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der elektrischen Feuerwehr sei 30 bis 32 Km.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Kurz vor 12 Uhr ist das Feuer fast gelöscht, kurz vor 1 Uhr erfolgt das Abrücken der Wache, vier Züge bleiben zurück. Ist es da überhaupt möglich, daß während dieser Zeit irgend ein Journalist in der Lage war, in den Plenarsaal hineinzugehen und bestimmte Beobachtungen zu machen? Zeuge: Es dürfte kein Journalist hinein, denn die Träger waren heruntergestürzt und es bestand Lebensgefahr. Dr. Sack: Die Zeugenaussage in London ist damit absolut einwandfrei widerlegt und als objektiv unrichtig festgelegt.

Als nächster Zeuge wird der Brandmeister Wald von der Feuerwache Noabit VII vernommen. Er bekundet, der Zug sei gleich nach dem Alarm mit größtmöglicher Geschwindigkeit zum Reichstag gefahren. Der Zeuge hat den Brandmeister Klop in der Wandelhalle getroffen. Klop sagte: „Sorgen Sie für schnelle Schlauchlegung, wir werden allein nicht fertig.“ Ich ließ daraufhin, so fährt der Zeuge fort, fünften Alarm geben. Als der damit beauftragte Beamte die telefonische Verbindung noch nicht erlangt hatte, rief ein Polizeibeamter uns zu: „Es brennt ja an allen Ecken, sorgen Sie für verstärkten Alarm!“

Darauf ließ ich den zehnten Alarm geben, der auch sofort durchgegeben wurde. Ich habe nachher festgestellt, daß dieser Alarmbefehl um 9.32 Uhr auf der Wache eingegangen war. Rechtsanwalt Parrisius: Haben Sie irgendwelche SA- oder SS-Abteilungen im Reichstage gesehen? Im Braunbuch heißt es, daß schon bevor die Feuerwehr am Brandherd war, sich eine etwa 20 Mann starke SA-Abteilung dort befunden haben soll. Haben Sie irgend etwas davon gesehen? Zeuge: Ich habe keinen SA- oder SS-Mann gesehen. Rechtsanwalt Parrisius: Auch das ist also eine glatte Lüge? Zeuge Wald: Ja!

Der Vorsitzende legt nun eine Verhandlungspause ein. Vorher bittet Rechtsanwalt Dr. Teichert, in der Pause über seinen Antrag zu entscheiden, daß Dimitroff vom Montag ab wieder zur Verhandlung zugelassen werde.

Dimitroff ab Montag wieder zugelassen

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende dem Senatbeschluss mit, Dimitroff von Montag ab zur Hauptverhandlung wieder zuzulassen.

Als Zeuge wird dann Oberbrandmeister Puhle vernommen. Der Zeuge gehört zu dem Zug der Feuerwehr, der zuerst im Reichstage war. Puhle gibt an, sein Zug sei 9.14 Uhr alarmiert worden. Die Fahrt zum Reichstage habe etwa 4 Minuten gedauert. Wie die vorhergehenden Zeugen erklärt auch Oberbrandmeister Puhle, es sei ganz unmöglich gewesen, daß gegen 11 Uhr nachts aus dem brennenden Sitzungssaal Brandstiftungsmaterial hätte herausgeschafft werden können. SA- oder SS-Formationen seien nicht im Reichstage gesehen.

Ein „ermordeter“ Augenzeuge sagt aus

Es folgt nunmehr die Zeugenvernehmung des früheren Oberbranddirektors Gemp, der nach Meldungen ausländischer Blätter „ermordet“ worden sein soll. Auch er erklärt zu den dem vorigen Zeugen vorgelegten Behauptungen, daß er weder SA bei seinem Eintreffen gesehen noch Brandmaterial in großen Mengen beobachtet habe. Etwas eine Viertelstunde nach seinem Eintreffen sei er auf den am Brandort erschienenen Ministerpräsidenten Göring zugegangen, um ihm Meldung zu erstatten. Der Ministerpräsident

habe als einzige Frage an ihn geteilt, ob er Gemp, den Reichstagsdirektor Galle gesehen hätte. Er habe dann weiter gefragt, ob der Ministerpräsident noch Befehle für ihn hätte; Ministerpräsident Göring habe jedoch erwidert: Lassen Sie sich nur nicht stören, Sie haben die Verantwortung. Auf weitere Fragen bekundet der Zeuge Gemp, daß Ministerpräsident Göring am Brandherd

getroffen sei, als die Feuerwehr längst in Tätigkeit war. Bei der Besprechung am nächsten Tage habe es sich um eine der üblichen Besprechungen gehandelt, in denen Erfahrungen ausgetauscht und auch Kritik geübt wurde. Die Behauptung, er habe vom Ministerpräsidenten oder sonst einer vorgelegten Stellung Anweisung erhalten, nicht zu schnell vorzugehen, bezeichnete der Zeuge als vollständigen Unsinn.

Oberreichsanwalt: Im Braunbuch wird gesagt, aus den angeblichen Anordnungen des Ministerpräsidenten Göring habe sich ergeben, daß man dort an der Ausdehnung des Brandes, nicht dagegen an seiner Eindämmung interessiert gewesen sei. Haben Sie irgend eine Beobachtung gemacht, daß von irgend einer Stelle aus Maßnahmen getroffen oder Keuerungen gefahren sind, die dahin ausgingen waren? Zeuge: Nein, nicht das geringste. Oberreichsanwalt: Sie haben zu den Presse-meldungen über Ihre angeblichen Keuerungen später ein Dementi veröffentlicht, am 18. Juni. Im Braunbuch wird behauptet, daß dieses Dementi unter irgend einem Druck gegen Sie zustande gekommen sei. Zeuge: Von niemand! Oberreichsanwalt: Auch nicht vom Ministerpräsidenten Göring? Zeuge: Nein. Oberreichsanwalt: Weiter wird in der Presse behauptet, daß Sie zum heutigen Termin aus der Haft vorgeführt seien. Sind Sie irgendwann in Haft gewesen oder ist irgendwo eine Maßnahme gegen Sie in Beziehung auf diesen Brand verfügt worden? Zeuge: Nein. Rechtsanwalt Dr. Teichert: Außer den Ihnen schon vorgehaltenen Mitteilungen in der Auslands-presse ist u. a. auch behauptet worden, Sie hätten in der Verhandlung vom 28. Februar nach dem Brande erklärt, man habe von Ihnen verlangt, daß sie Veränderungen in dem Protokoll vornehmen. Ist diese Behauptung wahr oder un wahr? Zeuge Gemp: Diese Behauptung muß ich für glatten Unsinn erklären. Rechtsanwalt Dr. Teichert: Kennen Sie einen gewissen Ahrend?

Zeuge: Er ist Dejnernent des Feuer-schwores gewesen. Er ist jetzt entlassen, wohnt aber meines Wissens noch in Berlin. Er war Mitglied der SPD. Dr. Teichert: Von ihm sollen diese Behauptungen stammen. Wenn er hier in Berlin ist, behalte ich mir vor, ihn als Zeugen zu benennen. Vorsitzender: Können Sie zusammenfassend erklären, daß die Ihnen vorgehaltenen Meldungen falsch und unwahr waren? Zeuge: Ja, sie sind falsch und unwahr! Vorsitzender: Das nehmen Sie auf Ihren Eid, im vollen Bewußtsein, daß diese Behauptung sehr wichtig ist. Zeuge Gemp: Jawohl!

Dr. Sack: Ich habe mich bereits gewundert, daß Sie sich noch leben. Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gemacht, daß man beabsichtigt hat, Sie hinterlistig zu ermorden? Zeuge: Nein!

Die Weiterverhandlung wird dann auf Montag verlagert.

Ausweisung der ausländischen Rechtsanwälte

Berlin, 15. Okt. Die drei bulgarischen Rechtsanwälte, denen am Samstag im Reichstagsbrandstifterprozess die Hörerarten entzogen worden sind, weil sie schwere Beleidigungen und Verdächtigungen gegen das Gericht ausgesprochen haben, sind aus Deutschland ausgewiesen worden. Sie bleiben bis zur Durchführung der Ausweisung in Haft.

Vom Rathaus Altensteig Bericht über die Gemeinderatswahl

Bericht über die Gemeinderatswahl am 11. Oktober 1933 in Altensteig. Anwesend: Der stellv. Vorsitzende u. 7 Stadträte. Abwesend: Stadtrat Wals und Kalmbach II. Der Rät. Fortmeier berichtet eingehend über die Holznutzung des kommenden Jahres. Diese wird streng nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt und beträgt wie seit 1890 700 Fm. Gesamtnutzung. Der Hauptteil wird in den hinteren Waldungen geschlagen. Der Gemeinderat stimmt der vorgezeichneten Fällung nach Standort und Sortimenten zu. Genehmigt wird weiter die Abgabe von Dedreio wie früher an die Ortsbewohner, ebenso soll Fierreio so gut als möglich zum Verkauf gebracht werden. Die Fierreio und Fische von Steinen auf die Waldwege wird den Mindestfordernden zu ihrem Angebot zugesprochen. Das frühere Kunstmühlegebäude (Wenion Waldrieden) kommt durch den Wegzug der Frau Dambach geb. Behr zur Neuverpachtung. Die Bürgersteuer 1934 wird in gleicher Höhe wie 1933, d. h. mit 300 Prozent des Landesjahres erhoben. Die Unterbrücke wird nach genehmigtem fr. Augenchein nun ganz mit Eisensträgern und einem Betonbelag hergestellt. In Würdigung der ihnen damit zutommenden Vor-

teile eines unbeschränkten Befahrens mit Lastwagen haben als einmaligen Beitrag geleistet, Gebrüder Rath 350 Mark und Sägewerksbesitzer Fejer 150 Mark, welche dankbar eingenommen werden. — Zur Deckung der Kosten der Selten-grabenbrücke ist außer dem vorhandenen Fond und den Förderungsbeiträgen als Kostensarbeit noch ein Betrag von 3500 Mark erforderlich, der aus Mitteln des Arbeitsbeschäftigungsprogramms zu 3 Prozent Zinsen erhältlich ist. — Die Vergütung des Maulwurfsjägers aus der Stadtkasse wird von 10 3 auf 15 3 erhöht. Zur Bekämpfung der Mäuseplage wird die Beschaffung des Giftweizens auf Kosten der Stadtgemeinde genehmigt. — Die neue Lehrerin der städtischen Frauenarbeitschule, Frau Daub, ist auf 1. Oktober dieses Jahres eingetreten. In den zu bildenden Frauenortsgeschlechtern werden durch Jura bestimmt, die Lehrerin, der Schulleiter, Stadtvorstand, Stadtplieger, Frau Oberamtsbaumeister Köbele und Frau Schneidermeister Bähler. Auch das Schulgeld wird neu festgesetzt. Das Schulgeld beträgt bei Ganztageskurs 18 Mark, bei Halbtageskurs 9 Mark und bei evtl. stattfindenden Abendkursen entsprechend weniger. Gattinnen sollen möglichst eine Ausnahme bilden; für sie beträgt das Schulgeld 250 Mark für die Woche. Kraftfahrunternehmer Stidel hat um Ueberlassung weiteren Plazes bei seinem Neubau nachgesucht. Dem Gesuch wird entsprochen unter Festsetzung eines Preises von 3 Mark für den qm. — Am 1. Januar 1934 wird die Kanzlei des Rät. Fortamts im Interesse eines engeren und leistungsfähigeren Zusammenarbeitens der Rät. Behörden in ein noch leer stehendes Zimmer im Rathaus verlegt. Die seitberige Vergütung für die Kanzleileistung entfällt damit.

Legitimistischer Kurs in Oesterreich

Neue Pläne der österreichischen Separatisten — Habsburger-Gefahr droht!

Wien, 14. Okt. Allmählich enthüllt sich der „neue“ Kurs des ungebildeten Kabinetts Dr. Dollfuß. Die Aufnahme der Minister Schmitz, Schönburg-Gartenstein u. a. in das Kabinett ließ bereits ahnen, daß die Deutschfeindlichkeit des österreichischen Regierungskurses besonders betont werden sollte.

Der Besuch der Erzkaiserin Zita in Rom, der den Heiratsplänen des Erzprinzen Otto gilt, läßt nun die Absichten der österreichischen Regierung deutlich erkennen. In der österreichischen Presse wird dem Besuche ganz besondere Bedeutung zugemessen, was sich aus der Aufmachung der Berichte über den Rom-Aufenthalt Zitas erkennen läßt. Kommentare werden aber von der österreichischen Regierung nicht zugelassen. Wohl aber entwickeln die österreichischen legitimistischen Kreise eine rege Tätigkeit.

Stimmungsmache in der Presse

Gleichzeitig wird die Oeffentlichkeit planmäßig im habsburgischen Sinne bearbeitet. Die „Traditionspflege“ des früheren Heeresministers Vaugoin war der Anfang. Freitag nun durfte der Führer der Kaiser-treuen Volkspartei, Oberst a. D. Wolff — ein getaufter Jude — den ersten Empfang der in- und ausländischen Presse veranstalten.

Oberst a. D. Wolff erklärte, daß die legitimistische Bewegung in Oesterreich schon sehr weit fortgeschritten sei, weiter als in Ungarn, und daß die österreichischen Legitimisten hofften, den Kaiser in Wien früher begraben zu können, als den Ungarn der Empfang ihres Königs gegönnt sein werde. In Wien sei die Stimmung so, daß von der Regierung nur ein Schritt gemacht zu werden brauche, und die kaiserliche Familie könnte anstandslos nach Oesterreich zurückkehren.

Die programmatischen Forderungen der Kaiser-treuen Volkspartei wurden in einem den Pressevertretern mitgeteilten Schreiben an Bundeskanzler Dr. Dollfuß niedergelegt. Der Bundeskanzler wird ersucht, auch nach außen hin die Stellungnahme der Legitimisten zu vertreten, die es als unvereinbar mit der Würde eines souveränen Staates betrachten, sich einem Auslands-diktat über die Anerkennung oder Ablehnung der vom Volk gewünschten Monarchie zu unterwerfen.

Die Ausführungen des Obersten Wolff wurden von den Pressevertretern allerdings mit einem Lächeln aufgenommen — er ist als Narr bekannt. Bei den letzten Wahlen in Wien konnte seine Partei nur in drei Stadtbezirken Wahlwerberlisten aufstellen, die bei einer Stimmberechtigtenanzahl von mehr als 1200000 — nur 157 Stimmen auf sich vereinigten. Die Anhänger-schaft des Legitimismus in Oesterreich beschränkt sich auf eine ganz kleine Gruppe von wenigen hundert überalterten Personen, auf die Regierung und auf ein paar Duzend Geistliche und Studenten. Von der legitimistischen „Bewegung“ also selbst droht die geringste Gefahr — wohl aber ist zu fürchten, daß die Regierung einen Staatsstreich ausführt, um so mehr, als die habsburgischen Pläne seit Jahren vom Quai d'Orsay auf das wärmste gefördert und unterstützt werden, weil man auch in Paris der Ansicht ist, daß die Habsburger eine Sicherung gegen den Nationalsozialismus und eine Bürgschaft für den deutschfeindlichen Kurs der Wiener Regierung bedeuten — wie der Weltkrieg auf das deutlichste bewiesen hat.

